

Globale Gouvernamentalität

Zur Interpretation transnationalen Politik und ihrer Effekte
(erscheint in: Zeitschrift für Politische Theorie, 2013)

*Ina Kerner**

Schlüsselwörter: Gouvernamentalität, Zivilgesellschaft, NGOisierung, transnationale Politik, globaler Feminismus

Abstract: Die globalisierte Welt ist durch vielfältige Formen transnationaler Politik gekennzeichnet – zu diesen zählt zweifelsohne die NGO-Förderung, vor allem in Ländern des globalen Südens. Der vorliegende Aufsatz befasst sich mit den zivilgesellschaftlichen Effekten derartiger Interaktionen und fragt nach einem geeigneten analytischen Vokabular zu ihrer Deutung. Es wird gezeigt, inwiefern sich Michel Foucaults Studien zur Geschichte der Gouvernamentalität dazu eignen, eine Vorstellung ‚globaler Gouvernamentalität‘ zu entwickeln, die in der Lage ist, die ambivalenten zivilgesellschaftlichen Effekte neuerer Formen transnationaler Politik umgreifend und kritisch zu fassen.

Abstract: The globalized world is characterized by various forms of transnational politics – of particular importance among these is the support of NGOs, especially with regard to countries in the global South. This article addresses the effects of such interactions on civil society and asks for suitable analytical tools to interpret such effects. It shows that Michel Foucault’s lectures on the history of governmentality allow us to develop a notion of ‘global governmentality.’ This notion enables us to grasp the ambivalent effects of transnational politics on civil society in a broad and critical way.

Zu den politiktheoretisch interessanten Aspekten gegenwärtiger Globalisierungsprozesse zählt zweifelsohne die Genese neuer gesellschaftlicher und politischer Formationen. Hierzu gehört die Herausbildung einer globalen Zivilgesellschaft und deren zunehmende Organisation in nationenübergreifend konstituierten und agierenden Einheiten ebenso wie das Entstehen neuer Formen transnationaler Interaktionen zwischen zivilgesellschaftlichen Akteuren¹ sowie zwischen staatlichen und nichtstaatlichen Institutionen und Organisationen. Die Ausgestaltung und die Effekte solcher neuen Interaktionsformen variieren je nach Kontext. Insbesondere in Ländern des globalen Südens gehen sie jedoch häufig mit einer so genannten ‚NGOisierung‘ und Professionalisierung politischer Aktionsgruppen und sozialer Bewegungen einher.

Wie sind derartige Prozesse zu verstehen, und welchen Beitrag kann die Politische Theorie zu ihrem Verständnis leisten? Dies sind die Leitfragen der folgenden Ausführungen, die sich in vier Abschnitte gliedern. Zunächst werde ich eine Beschreibung der benannten Prozesse liefern. Daran anschließend werde ich konkurrierende Deutungsangebote diskutieren. Das

* Prof. Dr. Ina Kerner, Humboldt-Universität zu Berlin
Kontakt: ina.kerner@sowi.hu-berlin.de

¹ Hier und teilweise auch im Folgenden wird aus Gründen der besseren Lesbarkeit das generische Maskulinum verwendet, welches gleichzeitig die weibliche Form impliziert.

erste dieser Angebote, dem Abschnitt 2 gewidmet ist, steht für eine Binnenperspektive auf die benannten Prozesse. Wie noch deutlich wird, finden diese oftmals im Rahmen entwicklungspolitischer Maßnahmen statt. Entwicklungspolitische Geberorganisationen wiederum repräsentieren ihre Arbeit in der Regel als Form der Zusammenarbeit. Entsprechend ist der Begriff der *Kooperation* zentral für die in Abschnitt 2 diskutierte Perspektive. Im dritten Abschnitt wende ich mich sodann Konzeptualisierungen neuer Governanceformen zu, die ebenfalls beanspruchen oder zumindest in Anspruch genommen werden können, die interessierenden Prozesse auf weiterführende Weise zu deuten. Hier stehen zum einen Ansätze *weicher Steuerung* im Mittelpunkt, zum anderen Arbeiten über *Normdiffusion*. Abschnitt 4 schließlich führt in die Politische Theorie, genauer zu den gouvernementalitätstheoretischen Arbeiten Michel Foucaults. Ich werde zu plausibilisieren versuchen, inwiefern hier analytische Ressourcen bereitliegen, die interessierenden Prozesse als Mechanismen und Effekte einer *globalen Gouvernementalität* zu deuten – und welche Implikationen sich aus einer solchen Deutung ergeben.

1. Prozesse der NGOisierung

In der guatemaltekischen Tageszeitung *El Periódico* erschien im Jahr 2010 eine Artikelserie zum Thema „Oenegización de los movimientos sociales“, zur NGOisierung der sozialen Bewegungen. Die insgesamt drei Texte dieser Reihe schildern die Effekte der NGOisierung ebenso anschaulich wie nachdrücklich. Bereits im Auftaktartikel ist zu lesen: „Die Situation der sozialen Bewegungen ist durch Folgendes gekennzeichnet: organisatorische Schwäche, Artikulationsunfähigkeit aufgrund von Finanzierungsstreitigkeiten sowie geringe Repräsentativität den tatsächlichen Bedürfnissen der Bevölkerung gegenüber. Verbreitet hingegen ist die Fähigkeit zur Organisation von Dialogforen zur Sicherung der eigenen Finanzierung. [...] Was einmal eine soziale Bewegung war, die das Ziel hatte, die Sozialstruktur des Landes zu verändern, wird morgen kaum mehr als ein Verwaltungsbüro sein.“ (Gereda 2010, Übersetzung d. A.) Und in dem Artikel heißt es weiter: „Die NGOs sind in der Mehrzahl der Arm internationaler Mächte, die das Ziel verfolgen, den Klassenkonflikt zu entpolitisieren und soziale Basisorganisationen im Keim zu ersticken, und zwar durch die Unterstützung von Wohlfahrtsmaßnahmen und die Philosophie der Kleinstunternehmen. [...] Als Zivilgesellschaft und als soziale Bewegungen, die sich für ein gerechteres Land einsetzen, müssen wir uns mit der Rolle und der Präsenz der internationalen Kooperation auseinandersetzen. Außerdem sollten wir uns fragen, warum die Diskurse der ersten Welt der

dritten Welt aufgedrängt werden und warum wir sie schlucken, ohne sie zu hinterfragen, ohne sie als Mythen wahrzunehmen.“ (ebd., Übersetzung d. A.)

Was Marcela Gereda, die Autorin der zitierten Passagen, für den guatemaltekischen Kontext beobachtet hat, ist alles andere als ein Einzelfall und wird daher längst auch jenseits der Tagespresse verhandelt. In der Bewegungs- beziehungsweise NGO-Forschung finden sich zahlreiche Analysen, die in ähnliche Richtungen verweisen wie die manifesthaften Ausführungen Geredas, auch wenn dort die politische Einschätzung der beobachteten Phänomene zum Teil etwas moderater ausfällt (vgl. Hudock 1999; Townsend et al. 2002; Bebbington et al. 2008). Ein hoher Anteil dieser Arbeiten fokussiert Formen feministischer Bewegungspolitik. Dies wiederum ist wenig überraschend. Denn der Feminismus ist ein Politikfeld, das sich mit Blick auf die hier relevanten Zusammenhänge durch zwei Merkmale auszeichnet: eine lange Tradition transregionaler und globaler Vernetzung sowie einen vergleichsweise erfolgreichen Marsch durch die internationalen Institutionen, das heißt die erfolgreiche Institutionalisierung innerhalb des Kontextes internationaler Organisationen (vgl. Morgan 1984; Holland-Cunz/Ruppert 2000; Antrobus 2004; Marx Ferree/Tripp 2006; Wichterich 2007). Damit war die feministische Bewegungspolitik prädestiniert für Prozesse der NGOisierung, und zwar in ganz unterschiedlichen Weltregionen.

Entsprechend hat Sonia Alvarez bereits in den späten 1990er Jahren einen „feministischen NGO-Boom“ in Lateinamerika diagnostiziert (Alvarez 1999). Eine erste Phase der Professionalisierung und NGOisierung weiter Teile der lateinamerikanischen Frauenbewegungen fand Alvarez zufolge bereits während der 1980er Jahre statt. Im Verlauf der 1990er Jahre führte dann eine strategische Neuausrichtung wichtiger Geber dazu, dass viele feministische Organisationen in Lateinamerika bewegungsnahe Aktivitäten aufgaben und sich stattdessen vermehrt technischen und beraterischen Tätigkeiten zuwandten – etwa im Bereich sozialer Dienstleistungen, des Projektmanagements und der Politikberatung. Alvarez zufolge hatte diese Reorientierung einen dreifachen Effekt: Erstens würden feministische NGOs vom Staat und von internationalen Regierungsorganisationen zunehmend als Gender-Expertinnen anstatt als bürgerschaftliche Gruppierungen adressiert; zweitens würden feministische NGOs immer häufiger als Surrogate der Zivilgesellschaft betrachtet und drittens schließlich würden sie in zunehmendem Maße damit beauftragt, frauenspezifische Regierungsprogramme zu beraten oder zu leiten – was ihre Fähigkeit einschränke, sich für radikalere politische Reformen einzusetzen.

Vergleichbare Analysen liegen auch für den arabischen Raum vor. Folgt man Islah Jad, hat es in jüngerer Zeit auch in den arabischen Ländern einen Frauen-NGO-Boom gegeben, und zwar

größtenteils im Zusammenhang mit zunehmender NGO-Förderung in den Bereichen von Demokratisierung und sozialer Modernisierung (Jad 2004). Wie in Lateinamerika ging diesem eine Phase von Strukturanpassungsmaßnahmen und, damit einhergehend, der Reduktion öffentlicher Ausgaben voraus. Jad zufolge hatten diese Prozesse auch in den arabischen Ländern einen dreifachen Effekt. Erstens hätten sich die Ziele der Frauenbewegungen von einstmalen kulturellen, politischen *und* Wohltätigkeitsanliegen auf ausschließlich soziale Ziele verengt. Zweitens seien Engagement und Mitgliedschaften zurückgegangen – und damit auch der Aktionsradius der Gruppierungen. Drittens schließlich hätten jene Frauen-Gruppen, die sich zu NGOs transformiert haben, ihre interne Organisationsstruktur hierarchisiert.² Jad bewertet diese Wandlungsprozesse – ähnlich wie Alvarez jene in lateinamerikanischen Ländern – als äußerst ambivalent. Während sie es den neu gegründeten Frauen-NGOs erleichtern oder gar erst ermöglichen würden, „sich für die Rechte arabischer Frauen in der internationalen Arena einzusetzen, bedürftigen Gruppen Leistungen zukommen zu lassen, neue Policies und Visionen in den politischen Prozess einzuspeisen“ und „Informationen zu sammeln und zu verbreiten“, bedürfe der effektive Einsatz für eine tatsächlich nachhaltige Entwicklung und Demokratisierung einer anderen Organisationsform – und zwar einer „mit einer anderen, lokal verwurzelten Vision sowie einer stabileren Machtbasis für sozialen Wandel“ (ebd.: 40, Übersetzung d. A.).

2. Entwicklungszusammenarbeit und die Perspektive der Kooperation

Die NGO-Förderung im globalen Süden ist seit langem wichtiger Bestandteil kirchlicher und weltlicher entwicklungspolitischer Basisgruppen, die ihre Arbeit als praktische globale

² Zur NGOisierung der bundesdeutschen Frauenbewegung vergleiche Sabine Lang, die sogar vorschlägt, in diesem Zusammenhang statt von NGOs, Nichtregierungsorganisationen, von „SCOs“, also von „semi-governmental organizations“ zu sprechen – da diese Organisationen in hohem Maße von staatlichen Zuwendungen abhängen und ihr inhaltlicher Aktionsradius daher stark vom staatlichen geschlechterpolitischen Agenda-Setting abhinge (Lang 2000: 299). Der Unterschied zwischen der NGOisierung von Frauenbewegungen im globalen Norden beziehungsweise der euro-atlantischen Welt und in Ländern des globalen Südens besteht darin, dass Organisationen in Letzteren seltener auf eine staatliche Finanzierung bauen können; anstatt vom eigenen Staat werden sie häufiger von trans- und internationalen Gebern abhängig. Da sich der Staat im Zuge neoliberaler Transformationen jedoch auch in der euro-atlantischen Welt wandelt, vertreten Johanna Kantola und Judith Squires die These, dass sich inzwischen auch dort der vormalige Staatsfeminismus zu einem Marktfeminismus hin entwickelt habe. Dass eine solche Entwicklung Einfluss auf die Finanzierungsmöglichkeiten zivilgesellschaftlicher feministischer Akteure hat, liegt auf der Hand. Das zentrale Merkmal des Marktfeminismus ist für Kantola und Squires die Transformation der Kooperation zwischen Fachagenturen (*policy agencies*), Bewegungsaktivistinnen und dem Staat, die bereits den Staatsfeminismus durch die Einführung marktbasierter Strategien, Finanzierungsmodelle und Diskurse auszeichnet (vgl. Kantola/Squires 2012: 390).

Solidarität, gelebte Nord-Süd-Partnerschaft und Teil der weltweiten globalisierungskritischen Bewegung verstehen – und sich in der Projektarbeit zumindest laut Eigenaussage tatsächlich von den Vorstellungen ihrer Partner vor Ort leiten lassen, anstatt vorrangig in der Zentrale entwickelte Maßnahmen umzusetzen.³

NGO-Förderung im globalen Süden wird jedoch seit geraumer Zeit auch von den großen Durchführungsorganisationen der staatlichen und der multilateralen Entwicklungspolitik betrieben. Auch diese Organisationen demonstrieren ein kooperatives Grundverständnis, das sich zum Teil schon in ihren Namen manifestiert: *Deutsche Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit* (GIZ) heißt beispielsweise die im Januar 2011 durch Zusammenlegung von GTZ (*Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit*), DED (*Deutscher Entwicklungsdienst*) und InWEnt (*Internationale Weiterbildung und Entwicklung*) entstandene entwicklungspolitische Großorganisation der Bundesrepublik. Anders als die aus der Solidaritätsarbeit entstandenen Basisgruppen sieht sich die GIZ als transnational agierende Beratungsfirma im Dienste der Bundesregierung. In ihrer Selbstdarstellung heißt es:

„Eine ausgewiesene Regionalexpertise, hohe Fachkompetenz und praxiserprobtes Managementwissen bilden das Rückgrat der Leistungen der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH. Als Bundesunternehmen unterstützen wir die Bundesregierung dabei, ihre Ziele in der internationalen Zusammenarbeit für nachhaltige Entwicklung zu erreichen. [...] Wir bieten nachfrageorientierte, maßgeschneiderte und wirksame Dienstleistungen für nachhaltige Entwicklung an. Mit unserem ganzheitlichen, an Werten und Prinzipien der gesellschaftlichen Ordnung in Deutschland orientierten Vorgehen stellen wir die Mitwirkung aller Beteiligten sicher. So gestalten wir Veränderung und befähigen Menschen, Entwicklungsprozesse eigenverantwortlich weiterzuführen. [...] Wir unterstützen unsere Partner auf lokaler, regionaler, nationaler und internationaler Ebene in strategischen und konzeptionellen Fragen sowie bei der Umsetzung ihrer politischen Ziele.“⁴

Schon allein diese kurze Selbstdarstellung verdeutlicht einen Aspekt, der in der entwicklungspolitikkritischen Forschung, die mittlerweile mehrheitlich unter dem Label *post-development* firmiert (vgl. Escobar 1995; Rahnema/Bawtree 1997; Ziai 2006), bereits seit

³ Vgl. zum Beispiel <http://inkota.de/ueber-uns/>, 19.10.2012.

⁴ http://www.giz.de/de/ueber_die_giz/1689.html, 19.10.2012.

längerem betont wird: dass es sich bei diesem Kooperationsprozess schwerlich um eine symmetrische Interaktion handelt. Denn auf der einen Seite stehen hier Partner, die sich und ihre Umwelt nachhaltig zu entwickeln und damit zu verändern haben, auf der anderen Seite steht ein Unternehmen, das solche Entwicklungsprozesse fachlich kompetent und in normativer Hinsicht orientiert an bundesrepublikanischen Werten zu unterstützen verspricht. Die Zusammenarbeit, die hier proklamiert wird, ist somit weder eine Interaktion mit wechselseitigen Einflussmöglichkeiten noch ein politischer Akt mit offenem Ausgang. Vielmehr erscheint sie als professioneller technischer Vorgang, bei dem sich die unidirektionale Einflussnahme zugleich auf Aspekte der Prozessoptimierung beschränkt. NGOisierungsprozesse, wie sie im vorangegangenen Abschnitt skizziert wurden, geraten im Lichte der Kooperationsperspektive höchstens partiell, nämlich hinsichtlich der in der Forschungsliteratur mehrfach beschriebenen Professionalisierungsaspekte, als intendierte Effekte entwicklungspraktischer Maßnahmen in den Blick. Die in derselben Literatur diagnostizierten entpolitisierenden Effekte der NGOisierungsprozesse sowie die hieraus resultierenden gesellschaftspolitischen Implikationen bleiben hingegen ebenso unerklärt bis unerklärlich wie die kritischen Reaktionen, die solche Prozesse hervorrufen.

3. Weiche Steuerung und Normdiffusion

Weitere Analyseperspektiven, die sich dazu anbieten, Formen transnationaler NGO-Förderung und deren Effekte zu deuten, sind innerhalb der letzten Jahre im Zusammenhang des Nachdenkens über neue Governanceformen entstanden. Hier sind zunächst Ansätze zu nennen, die sich mit transnationalen Formen „weicher Steuerung“ beschäftigen. Als weiche Form der Steuerung bezeichnen die genannten Ansätze die Funktionsweisen von Politikinstrumenten, die auf Zwangsmaßnahmen verzichten und stattdessen auf die Macht freiwilliger Vereinbarungen setzen (vgl. Brunnengräber/Randeria 2008) oder ihre Wirkungen durch diskursive Praktiken, Argumente oder Symbole erzeugen (vgl. Göhler et al. 2009; Göhler et al. 2010).⁵ Naheliegenderweise interessiert sich diese Forschungsrichtung – zumindest in ihrem Mainstream – in erster Linie für *Erfolge* weicher Steuerung: Diese werden dann als möglicher Ersatz für harte Steuerung und souveräne Regierungsformen interpretiert, und zwar ausgehend von der Diagnose, dass solche harten und souveränen Formen der Machtausübung in der zunehmend vernetzten Welt an Einfluss und Gestaltungskraft verlieren

⁵ Weiche Steuerung wird von Gerhard Göhler und seinen Koautorinnen und -autoren als prinzipiell horizontal und damit als nichthierarchisch bestimmt (Göhler et al. 2010: 694). Mit nichthierarchisch ist dabei vor allem gemeint, dass die steuernde Instanz über keine formalen Sanktionsmöglichkeiten ihren Adressaten gegenüber verfügt.

und daher ersetzt oder zumindest ergänzt werden müssen. Diese Tendenz wiederum führt dazu, dass die nicht intendierten Effekte und damit die Ambivalenzen weicher Steuerungsmechanismen selten explizit benannt und kaum ins Zentrum der Analyse gerückt werden. Zwar gibt es auch hier Ausnahmen, etwa wenn Achim Brunnengräber und Shalini Randeria darauf hinweisen, dass oftmals „die Grenzen zwischen formal bindendem Vertrag und freiwilliger Vereinbarung verwischen“ und von internationalen Geberorganisationen oktroyierte Maßnahmen als freiwillige Vereinbarungen dargestellt würden (Brunnengräber/Randeria 2008: 13); oder wenn Gerhard Göhler, Ulrike Höppner, Sybille De La Rosa und Stefan Skupien vermerken, dass der Partnerschaftsbegriff in der Entwicklungszusammenarbeit bestehende Machtungleichgewichte verschleierte, da die Gebererwartungen von den Nehmern entwicklungspolitischer Maßnahmen stets mitbedacht werden müssten (vgl. Göhler et al. 2010: 707). Doch auch Göhler und seine Koautorinnen- und Autoren thematisieren jenseits dieser Referenz ausschließlich positive Effekte weicher Steuerung; und dies, obwohl sie den Fall der Entwicklungszusammenarbeit als Beispiel für „Steuerung durch Subjektivierung“ anführen (ebd.: 707), was eine stärker an Ambivalenzen orientierte Betrachtung nahegelegt hätte. Denn wie sich im folgenden Abschnitt noch zeigen wird, ist Subjektivierung bei Michel Foucault, an dessen Arbeiten das Konzept der „Steuerung durch Subjektivierung“ angelehnt ist, ein zweiseitiger Prozess, der Aspekte der Subjektwerdung und der Unterwerfung untrennbar verknüpft.

Ein ähnlich stark ausgeprägtes Interesse an Erfolgsgeschichten und positiven Beispielen ist hinsichtlich der Literatur zum Thema Normdiffusion zu verzeichnen. Das Normdiffusionsparadigma ist insbesondere in der konstruktivistischen Schule der Internationalen Beziehungen und in der Transformationsforschung verbreitet und verfolgt die kontext-, meist länderübergreifende Verbreitung und Adaption von Normen.⁶ Da man die NGOisierungseffekte der transnationalen NGO-Förderung mit einer gewissen Plausibilität als Normierungsprozesse beschreiben kann, böte sich also auch das Normdiffusionsparadigma an, diese Effekte und Prozesse richtungsweisend zu deuten. Allerdings werden in der Regel auch dort weder die Diffusionsprozesse selbst noch die Normen und Organisationsformen, deren Diffusion nachvollzogen wird, in irgendeiner Weise problematisiert; eher wird als selbstverständlich vorausgesetzt, dass beispielsweise die Adaption demokratischer Herrschaftsformen oder die Einhaltung von Transparenz-, Menschenrechts- oder Antidiskriminierungsrichtlinien positive Entwicklungen sind und damit Entwicklungen ohne

⁶ Für einen kurzen und bündigen Überblick siehe Börzel/Risse (2009), mit Blick auf die normbildende Macht transnationaler Netzwerke auch Jakobeit et al. (2010). Für eine kritische Einschätzung dieser Forschungstradition vergleiche Landolt (2004).

bedeutende und damit nennenswerte negative oder zumindest zweiseitige Effekte – seien diese nun intendiert oder nicht intendiert.

Wenn man den Misstrauen oder zumindest den Zweifel, den Prozesse der NGOisierung bei Gereda, Alvarez und Jad hervorrufen, als Symptom für die Ambivalenz dieser Prozesse liest, werden die Grenzen von Konzepten weicher Steuerung und Ansätzen der Normdiffusion zur Deutung dieser Prozesse schnell deutlich. Beide Analyseperspektiven sind zu stark auf Erfolgsgeschichten konzentriert und damit zu einseitig, um die unterschiedlichen und zum Teil einander widerstrebenden Aspekte der hier interessierenden Prozesse fassen zu können. Dies gilt im übrigen ebenso für Ansätze, die eine radikale Kritik an besagten Prozessen üben und in diesem Zuge ausschließlich deren negative Aspekte ausleuchten und diese als Neokolonialismus oder als zeitgenössische Variante des Imperialismus zurückweisen (vgl. hierzu Kaldor 2003: 86–95). Im Folgenden steht daher ein weiteres Deutungsmuster transnationaler Interaktionen im Mittelpunkt. Es soll gezeigt werden, dass Michel Foucaults Gouvernementalitätsparadigma den Unzulänglichkeiten der angesprochenen einseitigen Interpretationsformen entkommt; ferner soll plausibilisiert werden, auf welche Weise Foucaults Überlegungen für die Deutung der hier im Mittelpunkt stehenden Prozesse produktiv gemacht werden können, wenn man sie auf die transnationale Ebene bezieht.

4. Globale Gouvernementalität

Mechanismen der Macht sind in den Texten, die Michel Foucault seit den 1970er Jahren verfasst hat, von großer Bedeutung. Dies gilt auch für seine Vorlesungen über die Geschichte der Gouvernementalität beziehungsweise die Herausbildung moderner Regierungstechniken in Westeuropa und den USA, die er in den Jahren 1978 und 1979 am Collège de France in Paris gehalten hat (Foucault 2004a; 2004b). Bereits in früheren Arbeiten hatte Foucault ein Machtmodell entwickelt, das nicht nur negativ, sondern auch positiv ist; eine Modell beziehungsweise eine Analytik verschiedener Ausprägungen von Macht, die weniger mit Zwang oder Unterdrückung assoziiert sind als mit Produktivität und Aspekten von Befähigung. Macht, so wie Foucault sie seit den 1970er Jahren beschreibt, wird grundsätzlich über in gewisser Weise freie Subjekte ausgeübt. Sie operiert nicht in erster Linie dadurch, dass sie mit Sanktionen droht, sondern durch die strukturierenden und subjektivierenden Effekte von Wissenssystemen sowie jener Institutionen, die von diesen Wissenssystemen ins Leben gerufen wurden und diese damit zugleich materialisieren und stabilisieren. Dass Wissen und Macht einen Zusammenhang bilden, hatte Foucault zum ersten Mal in seiner 1970 gehaltenen Antrittsvorlesung am Collège de France erklärt (Foucault 2000: 10 f.). In

seiner 1975 erschienenen Studie *Überwachen und Strafen*, in der er die Wandlungen des Strafstils im 18. und 19. Jahrhundert und die Etablierung der Haft als Normstrafe untersucht, sprach er dann deutlich von einer „Mikrophysik der Macht, die von den Apparaten und Institutionen eingesetzt wird“ (Foucault 1994: 38). Paradigmatisch ist hier die Figur des Panopticons, des Gefängnisses mit zentral einsehbaren Zellen, in denen die Gefangenen in dem Bewusstsein leben, ständig überwacht werden zu können; ob der in der Mitte des kreisförmigen Gebäudes stehende Wachturm tatsächlich besetzt ist oder nicht, können sie nicht sehen. In seiner groß angelegten *Geschichte der Sexualität*, die ursprünglich als sechsbändiges Werk angekündigt war (vgl. Eribon 1993: 391 f.) und deren erster von schließlich drei Teilen 1976 und somit ein Jahr nach *Überwachen und Strafen* erschien, verschob Foucault seine machtanalytischen Überlegungen erneut auf neues Terrain. Auch hier ging es ihm darum, zu ergründen, wie „in den abendländischen Gesellschaften die Produktion von Diskursen, die (zumindest für eine bestimmte Zeit) mit einem Wahrheitswert geladen sind, an die unterschiedlichen Machtmechanismen und -institutionen gebunden“ ist (Foucault 1983: 8). Hatte er zu diesem Zweck in seinem Buch über die Strafpraktiken das Verhältnis von Macht, Wissen und Disziplin untersucht, so fokussierte er nun statt der Disziplin die Lust: „Es geht darum“, erläuterte er seine Intention, „das Regime von Macht-Wissen-Lust in seinem Funktionieren und in seinen Gründen zu bestimmen, das unserem Diskurs über die menschliche Sexualität unterliegt“ (ebd.: 21). Bereits in jenem Buch, *Der Wille zum Wissen*, nutzte Foucault den Begriff der „Biopolitik“, um im 18. Jahrhundert entstehende Formen der Bevölkerungsregulierung zu benennen (ebd.: 166). In seinen Gouvernamentalitätsvorlesungen – betitelt *Sicherheit, Territorium, Bevölkerung* sowie *Die Geburt der Biopolitik* – setzte er hier erneut an. Er beschäftigte sich dort zunächst mit „der Entstehung eines politischen Wissens, das den Begriff der Bevölkerung und die Mechanismen zur Lenkung der Bevölkerung in den Mittelpunkt“ stellt (Foucault 2004a: 520). Als Untersuchungsleitfaden diente ihm dabei das Konzept der Regierung, der Begriff des *gouvernement*. Foucault ging es zunächst einmal um die „Mittel und Verfahren, mit denen man in einer Gesellschaft die ‚Regierung der Menschen‘ sicherstellte“ (ebd.). In weit stärkerem Maße als seine früheren Texte sind seine Gouvernamentalitätsvorlesungen damit auf den modernen Staat und dessen Institutionen konzentriert; der Staat wird dabei jedoch analytisch dezentriert. Denn Foucault behandelt ihn nicht als vorgängige Einheit, sondern untersucht ihn hinsichtlich der Strategien und Praktiken, die ihm vorangingen und in seiner spezifischen Form ins Leben riefen.⁷ Der Staat, der dabei in den Blick rückt, ist kein starker, souveräner Staat. Eher ist das Gegenteil

⁷ Für eine ähnliche Interpretation vergleiche Lemke (2007) und Saar (2007).

der Fall. Denn besonders im zweiten Vorlesungsband, *Die Geburt der Biopolitik*, thematisiert Foucault Logiken des Regierens im Zusammenhang des Wirtschaftsliberalismus. Besonders neoliberale Gouvernamentalität nun ist just durch ihren Einsatz für einen *schwachen* Staat gekennzeichnet. Sie operiert weniger mittels Zwangsgewalt und Vorschriften als durch die Verwaltung, oder eher: das Management von Bevölkerung und Gesellschaft. Ihr Ziel besteht darin, möglichst umfängliche ökonomische Freiheit und Interaktionen zu garantieren. Aus diesem Grund greift die neoliberale Gouvernamentalität in besonderem Maße auf den Freiheitsdiskurs zurück. Da sie jedoch eher auf unternehmerische Freiheit denn auf individuelle Freiheit abzielt (Foucault 2004b: 333), muss sie dafür Sorge tragen, dass Einzelindividuen und Gesamtgesellschaft die zugrunde gelegten Vorstellungen von Freiheit ausagieren, inkorporieren und reproduzieren – und zwar auf eine Weise, die in erster Linie dem Ziel ökonomischer Freiheit dient. Wie gelingt ihr das?

In seiner Vorlesung vom 1. Februar 1978, in der er den Begriff der Gouvernamentalität einführte, beschrieb Foucault diese zunächst als „die aus den Institutionen, den Vorgängen, Analysen und Reflektionen, den Berechnungen und den Taktiken gebildete Gesamtheit, welche es erlauben, diese recht spezifische, wenn auch sehr komplexe Form der Macht auszuüben, die als Hauptzielscheibe die Bevölkerung, als wichtigste Wissensform die politische Ökonomie und als wesentliches technisches Instrument die Sicherheitsdispositive hat“ (Foucault 2004a: 162). Foucault zufolge wurde die Idee, die treibende Kraft der liberalen und der neoliberalen Gouvernamentalität, nämlich dass der Staat die Gesellschaft nicht regulieren sondern verwalten beziehungsweise managen soll, in ökonomischen Theorien entwickelt und verbreitet – in *diesem* Sinne ist die politische Ökonomie die wichtigste Wissensform der Gouvernamentalität. Zentral für diese Theorien sind Thesen über „natürliche“ gesellschaftliche und ökonomische Prozesse. Der Staat hat diese natürlichen, oder besser: naturalisierten Prozesse zu achten und zu schützen, hat ihr ungestörtes Stattfinden zu ermöglichen; zum einen, indem er möglichst wenig in sie eingreift, zum anderen, indem er ihre Abläufe sichert und unerwünschte Kursabweichungen verhindert. Hierzu dienen Sicherheitsmechanismen beziehungsweise Sicherheitsdispositive: Die Hauptfunktion der Gouvernamentalität wird in diesem Sinne bestimmt als Garantie „dieser natürlichen Phänomene, welche die Wirtschaftsprozesse oder für die Bevölkerung wesentliche Prozesse sind“ (ebd.: 506).

Foucault vertritt in seinen Vorlesungen die These, dass die Vorform der Gouvernamentalität die Pastoralmacht war, die wiederum hebräischen Traditionen entstammt und mit dem Christentum nach Europa kam. Modell der Pastoralmacht ist der Hirte und sein Verhältnis zu

seiner Herde. Die Pastoralmacht wird nicht mit Bezug auf ein spezifisches Territorium ausgeübt, sondern mit Bezug auf eine „Multiplizität in Bewegung“ (ebd.: 188). Entsprechend war und ist auch das christliche Pastorat nicht an ein bestimmtes Territorium gebunden, sondern auf die gesamte christliche Gemeinschaft gerichtet (ebd.: 241) – und damit in gewissem Sinne immer schon transnational organisiert. Darüber hinaus ist es grundsätzlich wohlwärtig, an der Subsistenz und am „Heil der Herde“ orientiert (ebd.: 189). Damit gab es Foucault zufolge die Veranlassung zur Entwicklung „einer regelrechten Kunst des Führens, Lenkens, Leitens, Anleitens, des In-die-Hand-Nehmens, des Menschen-Manipulierens, zu einer Kunst des Ihnen-Schritt-für-Schritt-Folgens und des Sie-Schritt-für-Schritt-Antreibens“ (ebd.: 241).

Im Verhältnis zu gegenwärtigen Formen der Gouvernamentalität, die auf das Management und dabei vor allem auf das Wohlergehen und den Wohlstand der Gesellschaft abzielen, ist die christliche Pastoralmacht mit der ihr typischen Führungskunst das Urmodell, aus dem heraus sich die aktuellen Ausprägungen entwickelt haben. Auch sie adressieren die Bevölkerung, und zwar vornehmlich durch die Beeinflussung des Denkens und der Selbstführung ihrer Subjekte. Die Wissensform, die mit den gegenwärtigen Erscheinungsweisen der Gouvernamentalität assoziiert ist, etabliert Normen des vernünftigen und (ökonomisch) rationalen Verhaltens. Solche Normen bringen Subjekte dazu, ihnen im eigenen Interesse entsprechen zu wollen – ihnen also gewissermaßen freiwillig zu folgen. Wenngleich nun derartige Selbstnormierungsmechanismen zunächst einmal deutlich auf Individuen, auf Einzelpersonen abzielen scheinen, implizieren Foucaults Ausführungen über die Wirkungsweisen gegenwärtiger Formen der Gouvernamentalität durchaus auch die Zivilgesellschaft, die er als „Korrelat einer Regierungstechnik“ beschreibt (Foucault 2004b: 405). „Eine allgegenwärtige Regierung“, schreibt er, „eine Regierung, der nichts entgeht, eine Regierung, die die Regeln des Rechts befolgt, und eine Regierung, die dennoch die Besonderheit der Wirtschaft berücksichtigt, wird eine Regierung sein, die die bürgerliche Gesellschaft, die Nation, die Gesellschaft, das Soziale leiten wird“ (ebd.: 405 f.).

Michel Foucault hat seine Überlegungen zur Gouvernamentalität anhand politischer Transformationsprozesse in europäischen Nationalstaaten entwickelt. Allerdings *gründen* die von ihm beschriebenen Prozesse nicht im europäischen Staatensystem. Sie gehen diesem vielmehr voraus und weisen zugleich darüber hinaus. Die neuen Regierungstechniken, die Foucault beschreibt, bedienen sich zwar staatlicher Mittel und Mechanismen, doch sie sind an einer deutlichen *Begrenzung* staatlicher Eingriffe interessiert. Vor diesem Hintergrund spricht

analytisch gesehen wenig dagegen, Foucaults Überlegungen zur Deutung auch transnationaler Governancetechniken heranzuziehen und in diesem Sinne zu ergründen, inwiefern wir es mit neuen Formen einer transnationalen oder auch globalen Gouvernamentalität zu tun haben.⁸ Wenn man dies nun konzidiert – wie sähe eine Deutung der eingangs geschilderten zivilgesellschaftlichen Transformationsprozesse im Lichte des Gouvernamentalitätsmodells aus? Diese Prozesse, das sei an dieser Stelle noch einmal in Erinnerung gerufen, sind in einem ersten Schritt durch die Umwandlung politischer und sozialer Bewegungen in ‚ordentliche‘ NGOs gekennzeichnet, die über eine Binnenstruktur verfügen, die sie für staatliche oder transnationale technische Förderung und Finanzbeihilfen qualifiziert. Der zweite Schritt der NGOisierung besteht darin, dass besagte Organisationen ihre Rhetorik und damit fast unvermeidlich auch ihre Aktivitäten und Agenden den Ideen und Förderkriterien ihrer Geber anpassen. Dies wiederum führt oftmals dazu, dass sie sich zu sozialen Serviceeinrichtungen entwickeln und mit diesem Schritt ermöglichen, dass der Staat sich ohne gänzlich untragbare Armutseffekte mehr und mehr aus der Grundsicherung seiner Bürger zurückzieht.

Ich vertrete nun die These, dass diese Prozesse vier Merkmale aufweisen, die Foucault zufolge charakteristisch sind für neue Techniken der Gouvernamentalität. *Erstens* sind die beschriebenen Transformations- und Anpassungsprozesse sozialer und politischer Gruppierungen diesen zwar nicht aufgezwungen, sie werden von ihnen jedoch auch nicht ganz freiwillig vollzogen. Denn besagte Gruppierungen sind in der Regel zur Umsetzung ihrer Arbeit auf finanzielle Unterstützung, das Einwerben von Mitteln angewiesen; darüber hinaus sind sie oft – zumindest im Falle politischer Gruppierungen – an politischer Einflussnahme interessiert. Insofern die in Frage stehenden Prozesse den von ihnen betroffenen Organisationen dazu verhelfen, sich zu professionalisieren und eventuell sogar Aufgaben zu übernehmen, die bis dato in den Händen des Staates lagen, entfalten sie tatsächlich ermächtigende Wirkungen; sie wirken jedoch zugleich, und dies ist hier zentral, unterwerfend.⁹ Unterwerfend wirken sie insofern, als dass sie lediglich *spezifische* Strukturen und Agenden befördern – und zwar in erster Linie solche, die sich im Rahmen neoliberaler

⁸ Für einen Überblick über bereits vorliegende Versuche, in eine solche Richtung zu denken, vgl. Perry/Maurer (2003b), Larner/Walters (2004) sowie Dean (2010: 228-249).

⁹ Da die NGOs, sofern sie vormalige Regierungsaufgaben übernehmen, die Trennung von Staat und Zivilgesellschaft unterlaufen, wird in diesem Zusammenhang in der Gouvernamentalitätsliteratur statt von einer NGOisierung auch von einer QUANGOisierung gesprochen; QUANGOS stehen dabei für *quasi-autonomous nongovernmental organizations* (vgl. Perry/Maurer 2003a: xv).

Restrukturierungsmaßnahmen als funktional erweisen.¹⁰ *Zweitens* ist zu konstatieren, dass die beschriebenen Prozesse mit Hilfe eines spezifischen Wissens – mit Foucault ließe sich sagen: eines spezifischen Macht-Wissens – in Gang gesetzt werden. Dabei handelt es sich um Richtlinien zur adäquaten Führung, und zwar zur Führung einer NGO. *Drittens* werden die hier interessierenden NGOisierungsprozesse über ein dezentriertes, verzweigtes institutionelles Netzwerk organisiert, an dem Staaten und Regierungen im globalen Norden wie im globalen Süden, doch darüber hinaus auch staatliche und nichtstaatliche nationale wie internationale Organisationen beteiligt sind; wobei die genaue Zusammensetzung der beteiligten Geberinstitutionen von Fall zu Fall variieren mag. *Viertens* schließlich kann davon ausgegangen werden, dass zumindest ein Gutteil jener Personen, die in diesen Institutionen arbeiten und die beschriebenen Prozesse damit zumindest hinsichtlich ihrer intendierten Effekte planen und durchführen, von einem ernsthaften Interesse am Wohlergehen ihrer Adressaten geleitet sind; selbst korporative Akteure wie die GIZ erklären die Unterstützung und Befähigung ihrer Partner zu ihren primären Zielen. Es ließe sich daher argumentieren, dass sich jene Variante der Machtausübung, die Michel Foucault als „Pastoralmacht“ bezeichnet hat, in den Geber-Nehmer-Interaktionen, die im Kontext der Entwicklungspolitik stattfinden, in transnationalisierter Reinform wiederfindet.

Bedient man sich des gouvernementalitätstheoretischen Vokabulars zur Deutung der entwicklungspolitisch induzierten zivilgesellschaftlichen Transformationsprozesse in Ländern des globalen Südens, stellen sich diese also als wissensbasierte, weiche Machtmechanismen und -effekte dar, die nicht zuletzt neoliberale staatliche Restrukturierungsmaßnahmen ermöglichen. Sie können kaum auf eine eindeutig identifizierbare Quelle zurückgeführt werden; vielmehr sind die hier involvierten Kollektivakteure stark dezentriert, und zwar sowohl auf Geber- als auch auf Nehmerseite, sowohl seitens jener Organisationen, welche die hier interessierenden Prozesse induzieren, als auch seitens jener, auf die sie einwirken. Staaten, staatliche Institutionen und quasistaatliche Institutionen wie die GIZ und andere entwicklungspolitische Durchführungsorganisationen nehmen in diesem Szenario eine ambivalente Rolle ein: Zum einen sind sie an der In-Gang-Setzung der beschriebenen

¹⁰ Im Zusammenhang von Frauen-NGOs handelt es sich dabei in vielen Fällen um die Unterstützung von einkommenschaffenden Maßnahmen für Frauen, in den letzten Jahren zunehmend auch um Mikrokreditprogramme. Es liegt auf der Hand, dass derartige Maßnahmen und Programme dazu angetan sind, den Staat sozialpolitisch zu entlasten; Armutsbekämpfung wird hier zur Aufgabe selbstbeschäftigter Kleinstunternehmerinnen.

Prozesse stark beteiligt, zum anderen werden sie im Zuge dieser Prozesse – dies gilt in besonderem Maße für die Staaten der Nehmerländer – auf komplexe Weise depotenziert.¹¹

Eine vom Gouvernentalitätsmodell geleitete konkrete Fallstudie solcher Prozesse verdanken wir Verónica Schild, die sich eingehend mit der Institutionalisierung von Maßnahmen der „Selbstentwicklung“ (*desarrollo personal*) im Kontext der chilenischen Sozialpolitik beschäftigt hat. Schild interessiert sich dabei insbesondere für die Figur des „empowered consumer-citizen“, einer kaum bündig ins Deutsche zu übersetzenden Wortschöpfung, mit der sie die Lage von Kundinnen sozialer Dienstleistungen im Kontext der für neoliberale Ordnungen charakteristischen Vermarktlichung der Sozialsysteme auf den Begriff zu bringen sucht (Schild 2007: 180).¹² Das *empowerment* beziehungsweise die Ermächtigung, von der hier die Rede ist, bezieht sich vor allem auf die intendierten Normalisierungseffekte „korrektiver Maßnahmen moralpädagogischer Natur [...], die darauf abzielen, Frauen für den Markt vorzubereiten“ (Schild 2004: 82), indem sie diese im Rahmen unterschiedlicher Fortbildungsmaßnahmen zur Selbsthilfe ermutigen. Schild zufolge war die Formierung solcher Bürger ein Prozess, der in hohem Maße auf vergeschlechtlichte Ressourcen zurückgriff: einerseits auf etablierte Organisationsstrukturen und langjährige Erfahrungen im Bereich der feministischen Bildungsarbeit von chilenischen Frauenorganisationen (Schild 2007: 183 f.), andererseits auf Finanzierung durch entwicklungspolitische Organisationen aus Nordamerika und Europa, die sich Strategien von *Women in Development* (WID) und *Gender and Development* (GAD) verschrieben hatten (ebd.: 195) – und damit auf einen der institutionellen Arme oder Zweige des transnationalen Feminismus. Schild hat keine grundsätzlichen Einwände gegen das *empowerment*, die Ermächtigung von Frauen in neoliberal strukturierten Gesellschaften. Doch sie problematisiert, dass und auf welche Weise der chilenische und der transnationale Feminismus in den Kontext gouvernementaler Machtmechanismen eingebunden wurden. Sie verdeutlicht, dass die ökonomische Ermächtigung von Frauen funktional ist für einen neoliberalen Staat, der seine Ausgaben für Sozialleistungen reduziert und die soziale Verantwortung der lokalen Zivilgesellschaft sowie transnationalen Solidaritätsnetzwerken und Gebern überträgt. Schließlich konstatiert sie, dass die „viel gepriesene chilenische

¹¹ In gewissem, wenn auch stärker eingeschränkten Sinne lässt sich dies auch für die Geberländer sagen, wenn sie es erlauben, dass sich ihre stark öffentlich subventionierten entwicklungspolitischen Durchführungsorganisationen von Behörden zu Beratungsfirmen auf dem globalen Markt für entwicklungspolitische Dienstleistungen transformieren.

¹² Die beste Übertragung ins Deutsche wäre wohl die einer ‚ermächtigten Bürgerin als Konsumentin‘ – zentral sind dabei laut Schild die Ideen der Selbstverantwortung und der Wahlfreiheit (vgl. Schild 2007: 182 f.).

„Zivilgesellschaft“ in vielerlei Hinsicht „ein Effekt staatlicher Macht“ sei (ebd.: 186, Übersetzung d. A.). Unter Rekurs auf Foucaults gouvernementalitätstheoretische Schriften könnte dem hinzugefügt werden, dass wir es hier nicht nur mit einer Zivilgesellschaft zu tun haben, die als Effekt staatlicher Macht anstatt als eine vom Staat deutlich zu unterscheidende Sphäre beschrieben werden kann, sondern auch mit einem Staat, der sich ab- beziehungsweise umbaut, und zwar dadurch, dass er einige seiner vormaligen Kernaufgaben outsourct und in diesem Zuge zivilgesellschaftlichen Akteuren, vor allem NGOs, überträgt – oder, mit anderen Worten, indem er NGOs in die staatliche Verantwortung einbezieht und damit kooptiert. In diesem Szenario erscheint der Staat dann zugleich als Medium *und* als Effekt neoliberaler Gouvernementalität. Ausgewählte zivilgesellschaftliche Gruppen wiederum werden in der Tat politisch gestärkt und ermächtigt; gleichzeitig findet jedoch eine sozialstaatliche Responsibilisierung der Zivilgesellschaft statt.

Hält man sich an die Fallbeispiele in den Texten von Gereda, Alvarez, Jad und Schild und deutet sie im Lichte von Foucault als Prozesse einer globalen Gouvernementalität, so wird die *Ambivalenz* der hier zu verzeichnenden Machteffekte deutlich; ferner wird nachvollziehbar, wie sich die Macht in die Zivilgesellschaft einschreibt, auf welche Weise sie *zivilgesellschaftliche* Kollektivakteure zur *Selbsttransformation* bringt. Dies sind die zentralen Stärken des foucaultianischen Zugriffs. Denn er ermöglicht es zum einen, die zwiespältige Haltung nachzuvollziehen, die Autorinnen wie Alvarez, Jad und Schild gegenüber NGOisierungsprozessen und der sozialpolitischen Responsibilisierung feministischer Bewegungen an den Tag legen. Zum anderen ermöglicht er es, Geredas Fragen zur Machtenfaltung der Diskurse der ersten Welt in der dritten Welt zu beantworten. Diese sind dann allerdings weniger als Mythen wahrzunehmen, die aufgedrängt und ohne wirklich nachvollziehbaren Grund geschluckt werden, wie Gereda selbst nahelegt. Vielmehr erscheinen sie als eine spezifische Form von Macht-Wissen, das gegenwärtige Prozesse – genauer gesagt: neoliberale Prozesse – der globalen wie der lokalen Restrukturierung ermöglicht; mit anderen Worten: als zentrale Technik globaler Gouvernementalität.¹³

¹³ Bezogen darauf, wie der *Feminismus* in gegenwärtige Formen globaler Gouvernementalität eingebunden ist, stellen die hier diskutierten Prozesse keine erschöpfende Thematisierung dar. Hinzuzufügen wäre, dass im Zuge des Gender-Mainstreaming der entwicklungspolitischen Arbeit Regierungs- und NGO-Partner in den Nehmerländern häufig geschlechterpolitischen und dabei meist gleichstellungspolitischen Ansprüchen genügen müssen, um die Förderkriterien der Geber im Norden zu erfüllen. Diese geschlechterpolitischen Ansprüche korrespondieren allerdings nicht unbedingt mit dem Spektrum lokaler feministischer Positionen. Neben beziehungsweise in Verbindung mit der *neoliberalen* Gouvernementalität einschließlich ihrer Implikationen für feministische Projekte und Institutionen lassen sich in

3. Schluss

Ich habe, so hoffe ich, plausibilisieren können, dass unter den präsentierten Deutungsmustern transnationaler NGO-Förderung und ihrer Effekte das gouvernementalitätstheoretische Muster das überlegene ist. Denn das Kooperationsmodell ist machtblind; der Governanceforschung entspringende Ansätze der weichen Steuerung und der Normdiffusion wiederum sind in der Regel nicht hinreichend an den ambivalenten Effekten der von ihnen untersuchten Formen von Macht interessiert. Die Komplexität der hier interessierenden Transformationsprozesse und ihrer Effekte gerät damit lediglich im Lichte der foucaultianischen Perspektive in den Blick. Damit sprechen zunächst einmal Gründe der empirischen Reichweite für die gouvernementalitätstheoretische Deutung, und zwar in doppelter Hinsicht. Zum einen zeichnet sich diese Deutung dadurch aus, dass sie die interessierenden Prozesse auch hinsichtlich ihrer gegenläufigen Facetten zu fassen verspricht – dieser Aspekte ist bereits benannt. Zum anderen nun ist die gouvernementalitätstheoretische Deutung dazu angetan, auch die mit ihr konkurrierenden Modelle einzuordnen. Zumindest die Kooperationsperspektive lässt sich im Licht der foucaultianischen Deutung nämlich selbst als diskursives Element einer globalen Gouvernamentalität, als Bestandteil der Strategien transnationaler gouvernementaler Machtpraktiken interpretieren. Denn die Perspektive der Kooperation stellt entwicklungspolitische Maßnahmen als technische und in diesem Sinne machtfreie Interaktionen zum Wohle der Nehmer dar. Damit leistet sie einen deutlichen Beitrag zur Durchführbarkeit solcher Maßnahmen – denn sie stützt auf Geber- wie auf Nehmerseite ihr positives Image, ihre Akzeptabilität.

Die umfassendere empirische Reichweite ist aber nicht der einzige Vorzug einer Deutung der hier interessierenden Prozesse als Mechanismen und Effekte globaler Gouvernamentalität. Ein zweiter Vorzug besteht darin, dass das theoretische Instrumentarium, das sich aus den Schriften Foucaults gewinnen lässt, dezidiert kritisch ist – und zwar, obwohl es sich als analytisch und nicht als normativ versteht. Michel Foucault hat seit den frühen 1970er Jahren Phänomene als machtdurchzogen beschrieben, die mit dem bis dato vorliegenden machttheoretischen Vokabular als machtdurchzogen gar nicht erfasst werden konnten. Damit hat er ihre Verfasstheit entnaturalisiert beziehungsweise entnormalisiert und auf diese Weise der akademischen und außerakademischen Auseinandersetzung zugeführt. Wenn, wie hier geschehen, Formen transnationaler Politik und ihre Effekte gouvernementalitätstheoretisch

diesem Sinne auch Aspekte einer *globalen feministischen* Gouvernamentalität diagnostizieren.

interpretiert werden, bedeutet dies in diesem Sinne zunächst einmal, dass sie damit als problematisierungs- und damit als kritikwürdig ausgewiesen werden. Wenn man „über das Problem der Macht“ in die Analyse einsteigt, hat Foucault in seinem 1978 gehaltenen Vortrag *Was ist Kritik?* erklärt, nehme man keine Legitimitätsprüfung vor, sondern eher eine „Ereignishaftigkeitsprüfung“ (Foucault 2010: 251). Man wolle nicht wissen, „was wahr oder falsch, begründet oder nicht begründet, wirklich oder illusorisch, wissenschaftlich oder ideologisch, legitim oder missbräuchlich ist“ – vielmehr wolle man wissen, „welche Verbindungen, welche Verschränkungen zwischen Zwangsmechanismen und Erkenntniselementen aufgefunden werden können, welche Verweisungen und Stützungen sich zwischen ihnen entwickeln, wieso ein bestimmtes Erkenntniselement – sei es wahr oder wahrscheinlich oder ungewiss oder falsch – Machtwirkungen hervorbringt und wieso ein bestimmtes Zwangsverfahren rationale, kalkulierte, technisch effiziente Formen und Rechtfertigungen annimmt“ (ebd.: 251 f.).

Im hier interessierenden Zusammenhang transnationaler Politik geht es in diesem Lichte mithin darum, Formen dieser Politik hinsichtlich ihrer Funktionsmechanismen und ihrer Machteffekte zu befragen. Ziel ist damit nicht, sie normativ zur Disposition zu stellen; Ziel ist vielmehr, sie überhaupt ins Zentrum einer Diskussion zu rücken, ihren wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Status von etwas als normal Angesehenem zu etwas Gewordenem und in seiner Genese zu Hinterfragendem zu verschieben. „Die Akzeptabilitätsbedingungen eines Systems herausarbeiten und die Bruchlinien seines Auftauchens verfolgen – das sind die beiden korrelativen Operationen“, hat Foucault hierzu erklärt (ebd.: 253). Die kritische Perspektive, die er damit ermöglicht, ist eine, die ihre Gegenstände analytisch seziiert, hinsichtlich der sie konstituierenden Elemente und hinsichtlich ihrer vielfältigen intendierten und nicht intendierten Effekte befragt. Die Phänomenkomplexe, die auf diese Weise in den kritischen Blick geraten, werden dabei zwar in ihrer Gesamtheit betrachtet. Die Kritik muss sich jedoch nicht darauf beschränken, diese Gesamtheit als solche zu evaluieren, sondern hat vielmehr die Aufgabe, die unterschiedlichen Facetten, die besagte Phänomenkomplexe konstituieren, zu identifizieren, bezogen auf ihr Zusammenkommen und bezogen auf die Wirkmechanismen ihres Zusammenspiels nachzuvollziehen und schließlich hinsichtlich der daraus erwachsenden Effekte zu befragen. Getragen ist diese zunächst einmal analytische Operation von einem Interesse an den Lücken und Widerständen, die sich mit Blick auf das genannte Zusammenspiel identifizieren lassen; neben der „Auffindung der Akzeptabilität eines Systems“ geht es um die „Auffindung der Akzeptanzschwierigkeiten“ (ebd.: 254). Anders als bei gängigen normativen Varianten der Kritik sind unter den Ergebnissen einer

solchen analytisch-kritischen Operation Aussagen darüber zu erwarten, an welchen Punkten Versuche einer Veränderung einsetzen könnten. Die Kritik ist damit empirisch gesättigt und politisch anschlussfähig zugleich.

Inhaltlich gesehen bietet die gouvernementalitätstheoretische Deutung der transnational organisierten NGO-Förderung und ihrer Effekte darüber hinaus auch politiktheoretische Anknüpfungsmöglichkeiten. So fordert eine foucaultianische Interpretation besagter Prozesse dazu auf, die Rolle zu überdenken, die wir unterschiedlichen zivilgesellschaftlichen Akteuren zuschreiben; jede Form des ‚NGO-Enthusiasmus‘ erscheint im Anschluss an eine solche Analyse im besten Falle als naiv. Aber auch unser Blick auf das, was zuweilen ‚globale Zivilgesellschaft‘ genannt wird, ist betroffen: denn auch sie erscheint hier tief in Prozesse globaler Gouvernementalität eingebunden. Der Effekt dieser Einbindung wird nicht zuletzt in ihrer inneren Verfasstheit deutlich. Denn nicht nur stellt sie sich als in hohem Maße NGOisiert dar. Darüber hinaus erscheint sie gespalten in Fördermittel verteilende Organisationen auf der einen Seite – diese Seite deckt sich geographisch der Tendenz nach mit der sogenannten euro-atlantischen Welt – und Organisationen, die ein Interesse daran haben, diese Mittel zu erhalten und zu diesem Zweck entsprechende Anpassungsleistungen vollbringen, auf der anderen Seite, das heißt in der Regel im globalen Süden. Die globale NGO-Szene teilt sich also auf in NGOs aus Geberländern und NGOs aus Nehmerländern; sie ist untergliedert in Geber-NGOs und Nehmer-NGOs. Dass dieser Umstand Asymmetrien erzeugt, versteht sich von selbst. Welche Schlüsse hieraus für normative Bezugnahmen auf die transnationale Zivilgesellschaft im Kontext der Internationalen politischen Theorie zu ziehen sind, wird noch im Detail zu eruieren sein.¹⁴

Foucault selbst hat Machtrelationen vorzugsweise ausgehend von Äußerungen und Akten des Widerstandes analysiert, den sie seiner Ansicht nach stets hervorrufen; für gesellschaftliche Systeme jedweder Art interessierte er sich von ihren Bruchlinien her, in denen er Einsatzpunkte für Veränderung lokalisierte. Widerstand oder zumindest Unmut ist auch im Zusammenhang transnational induzierter NGOisierungsprozesse zu verzeichnen – Marcela Geredas Artikelserie ist ein beredtes Beispiel. Die konkreten Chancen, die sich aus solchem Unmut für politische Aktionsgruppen und soziale Bewegungen ergeben, sind allerdings schwer zu ermessen. Wenn etablierte NGOs ein größeres Maß an Selbstbestimmung anstreben, dafür jedoch nicht den Preis der Entprofessionalisierung zahlen wollen, bleibt ihnen in erster Linie die strategisch geplante Mischfinanzierung, die sie gegen die Vorgaben

¹⁴ Für eine kritische Lektüre von Nancy Frasers globaler Gerechtigkeitstheorie aus der Perspektive der globalen Gouvernementalität vergleiche Kerner (2010).

allzu potenter Geber immunisieren könnte. Doch auch ein solches Vorgehen bindet maßgebliche zeitliche Ressourcen, und es mag nicht jeder NGO offenstehen. Immerhin kann in vielen Regionen eine zivilgesellschaftliche politische Mobilisierung *jenseits* der organisierten NGO-Szene beobachtet werden – die Protestaktionen, die zum sogenannten Arabischen Frühling führten, sind ein Fall unter vielen. Vielleicht besteht mit Blick auf die Potentiale der Bewegungspolitik unter dem Strich also doch mehr Grund für Optimismus denn für Pessimismus – selbst im Zeitalter der globalen Gouvernamentalität.

Literaturverzeichnis

- Alvarez, Sonia E., 1999: The Latin American Feminist NGO ‚Boom‘. In: *International Feminist Journal of Politics* 2, 181-209.
- Antrobus, Peggy, 2004: *The Global Women's Movement*, London / New York.
- Bebbington, Anthony J. / Hickey, Samuel / Mitlin, Diana C., 2008 (Hg.): *Can NGOs Make a Difference? The Challenge of Development Alternatives*, London / New York.
- Börzel, Tanja A. / Risse, Thomas, 2009: *The Transformative Power of Europe. The European Union and the Diffusion of Ideas*, Berlin.
- Brunnengräber, Achim / Randeria, Shalini, 2008: Multi-Level-Governance in der transnationalen Politik – neue Perspektiven auf Nord-Süd-Verhältnisse? In: Achim Brunnengräber / Hans-Jürgen Burchardt / Christoph Görg (Hg.), *Mit mehr Ebenen zu mehr Gestaltung? Multi-Level-Governance in der transnationalen Sozial- und Umweltpolitik*, Baden-Baden, 19-39.
- Dean, Mitchell, 2010: *Governmentality. Power and Rule in Modern Society*, London / Thousand Oaks / New Delhi / Singapore.
- Eribon, Didier, 1993: *Michel Foucault. Eine Biographie*, Frankfurt (Main).
- Escobar, Arturo, 1995: *Encountering Development. The Making and Unmaking of the Third World*, Princeton.
- Foucault, Michel, 1983: *Der Wille zum Wissen. Sexualität und Wahrheit 1*, Frankfurt (Main).
- Foucault, Michel, 1994: *Überwachen und Strafen. Die Geburt des Gefängnisses*, Frankfurt (Main).
- Foucault, Michel, 2000: *Die Ordnung des Diskurses*, Frankfurt (Main).
- Foucault, Michel, 2004a: *Geschichte der Gouvernementalität I. Sicherheit, Territorium, Bevölkerung. Vorlesung am Collège de France 1977-1978*, Frankfurt (Main).
- Foucault, Michel, 2004b: *Geschichte der Gouvernementalität II. Die Geburt der Biopolitik. Vorlesung am Collège de France 1978-1979*, Frankfurt (Main).
- Foucault, Michel, 2010: Was ist Kritik? In: Foucault, Michel, *Kritik des Regierens. Schriften zur Politik. Ausgewählt und mit einem Nachwort von Ulrich Bröckling*, Frankfurt (Main), 237-257.
- Gereda, Marcela, 2010: Oenegización de los movimientos sociales. In: *El Periódico* vom 24.05.2010. (<http://www.elperiodico.com.gt/es/20100524/opinion/153051>, letzter Zugriff: 03.05.2013).
- Göhler, Gerhard / Höppner, Ulrike / De La Rosa, Sybille, 2009 (Hg.): *Weiche Steuerung. Studien zur Steuerung durch diskursive Praktiken, Argumente und Symbole*, Baden-Baden.
- Göhler, Gerhard / Höppner, Ulrike / De La Rosa, Sybille / Skupien, Stefan, 2010: *Steuerung jenseits von Hierarchie. Wie diskursive Praktiken, Argumente und Symbole steuern*. In: *PVS*, 691-720.
- Holland-Cunz, Barbara / Ruppert, Uta, 2000 (Hg.): *Frauenpolitische Chancen globaler Politik. Verhandlungsverfahren im internationalen Kontext*, Opladen.
- Hudock, Ann C., 1999: *NGOs and Civil Society. Democracy by Proxy?*, Cambridge / Malden.
- Jad, Islah, 2004: The NGO-isation of Arab Women's Movements. In: *IDS Bulletin* 35, 34-42.
- Jakobeit, Cord / Kappel, Robert / Mückenberger, Ulrich, 2010: Zivilisierung der Weltordnung. Normbildung durch transnationale Netzwerke. In: *Leviathan* 10, 411-427.
- Kaldor, Mary, 2003: *Global Civil Society. An Answer to War*, Cambridge / Malden.
- Kantola, Johanna / Squires, Judith, 2012: From State Feminism to Market Feminism? In: *International Political Science Review* 33, 382-400.

- Kerner, Ina, 2010: „Scales of Justice“ and the Challenges of Global Governmentality. In: Public Reason 2, 40-50.
- Landolt, Laura, 2004: (Mis)Constructing the Third World? Constructivist Analysis of Norm Diffusion. In: Third World Quarterly 25, 579-591.
- Lang, Sabine, 2000: The NGOization of Feminism: Institutionalization and Institution Building within the German Women's Movements. In: Bonnie Smith, (Hg.), Global Feminisms since 1945, New York / London, 290-304.
- Larner, Wendy / Walters, William, 2004 (Hg.): Global Governmentality. Governing International Spaces, London / New York.
- Lemke, Thomas, 2007: Eine unverdauliche Mahlzeit? Staatlichkeit, Wissen und die Analytik der Regierung. In: Susanne Krasmann / Michale Volkmer (Hg.): Michel Foucaults "Geschichte der Gouvernementalität" in den Sozialwissenschaften, Bielefeld, 47-73.
- Marx Ferree, Myra / Tripp, Aili Mari, 2006 (Hg.): Global Feminism. Transnational Women's Activism, Organizing, and Human Rights, New York / London.
- Morgan, Robin, 1984: Sisterhood is Goba: The International Women's Movement Anthology, Garden City.
- Perry, Richard Warren / Maurer, Bill, 2003a: Globalization and Governmentality: An Introduction. In: Richard Warren Perry / Bill Maurer (Hg.), Globalization under Construction. Governmentality, Law, and Identity, Minneapolis / London, ix-xxi.
- Perry, Richard Warren / Maurer, Bill, 2003b: Globalization under Construction. Governmentality, Law, and Identity, Minneapolis / London.
- Rahnema, Majid / Bawtree, Victoria, 1997 (Hg.): The Post-Development Reader, London / New York.
- Saar, Martin, 2007: Macht, Staat, Subjektivität. Foucaults Geschichte der Gouvernementalität im Werkkontext. In: Susanne Krasmann / Michale Volkmer (Hg.): Michel Foucaults "Geschichte der Gouvernementalität" in den Sozialwissenschaften, Bielefeld, 23-46.
- Schild, Verónica, 2004: Die Freiheit der Frauen und gesellschaftlicher Fortschritt. Feministinnen, der Staat und die Armen bei der Schaffung neoliberaler Gouvernementalität. In: Olaf Kaltmeier / Jens Kastner / Elisabeth Tuijer (Hg.), Neoliberalismus – Autonomie – Widerstand. Soziale Bewegungen in Lateinamerika, Münster, 81-100.
- Schild, Verónica, 2007: Empowering ‚Consumer-Citizens‘ or Governing Poor Female Subjects?: The Institutionalization of ‚self-development‘ in the Chilean social policy field. In: Journal of Consumer Culture 7, 179-203.
- Townsend, Janet / Porter, Gina / Mawdsley, Emma, 2002: The Role of the Transnational Community of Non-Government Organizations: Governance or Poverty Reduction? In: Journal of International Development 14, 829-839.
- Wichterich, Christa, 2007: Transnationale Frauenbewegungen und Global Governance. In: www.gender-politik-online.de, letzter Zugriff: 03.05.2013.
- Ziai, Aram, 2006: Zwischen Global Governance and Post-Development. Entwicklungspolitik aus diskursanalytischer Perspektive, Münster.

<http://inkota.de/ueber-uns/>, 19.10.2012.

http://www.giz.de/de/ueber_die_giz/1689.html, 19.10.2012.